

<https://helda.helsinki.fi>

Der Druck on der Strasse und die Macht : Wie stabil ist das Regime?

Robertson, Graeme

2019-10-17

Robertson , G & Gel'man , V 2019 , ' Der Druck on der Strasse und die Macht : Wie stabil ist das Regime? ' , Russland-Analysen , no. 376 , pp. 17-19 .

<http://hdl.handle.net/10138/310519>

unspecified
publishedVersion

Downloaded from Helda, University of Helsinki institutional repository.

This is an electronic reprint of the original article.

This reprint may differ from the original in pagination and typographic detail.

Please cite the original version.



<http://www.laender-analysen.de/russland/>

NACHHALTIGKEIT UND WIRTSCHAFTSPLANUNG

■ ANALYSE		
	Gesellschaftliche Unternehmensverantwortung abseits der gewohnten Pfade: Wie Staat und Wirtschaft in Russland zusammenarbeiten Ulla Pape und Stanislav Klimovich (Freie Universität Berlin)	2
■ ANALYSE		
	Russlands langfristige Wirtschaftspläne Roland Götz, Berlin	6
■ TABELLEN UND GRAFIKEN ZUM TEXT		
	Russlands Wirtschaftsplanung	10
■ STATISTIK		
	Wirtschaftsdaten	14
■ UMFRAGE		
	Die wichtigsten Probleme Russlands	15
■ DEKODER		
	Der Druck der Straße und die Macht: Wie stabil ist das Regime? Graeme Robertson (University of North Carolina) und Vladimir Gel'man (Europäische Universität in Sankt Petersburg)	17
■ CHRONIK		
	30. September – 13. Oktober 2019	19

Gesellschaftliche Unternehmensverantwortung abseits der gewohnten Pfade: Wie Staat und Wirtschaft in Russland zusammenarbeiten

Ulla Pape und Stanislav Klimovich (Freie Universität Berlin)

Zusammenfassung

Die großen Herausforderungen der Zukunft – Klimawandel, nachhaltiges Wachstum und soziale Gerechtigkeit – können nur in Zusammenarbeit mit der Wirtschaft gemeistert werden. Die Debatten um die gesellschaftliche Verantwortung von (Groß-)Unternehmen sind inzwischen auch in Russland angekommen. Russische Unternehmen sind Teil globaler Wertschöpfungsketten und beteiligen sich an internationalen Netzwerken zur sozialen und ökologischen Unternehmensverantwortung (in der englischen Fachliteratur: *Corporate Social Responsibility*, CSR). In diesem Beitrag untersuchen wir, wie Staat und Wirtschaft auf dem Gebiet der gesellschaftlichen Unternehmensverantwortung in Russland zusammenarbeiten. Hierbei zeigt sich, dass russische Firmen besonders in den Regionen auf sowjetische und vorsowjetische Traditionen der Unternehmensverantwortung und Wohltätigkeit zurückgreifen können. Daneben lässt sich ein zunehmender Druck internationaler Märkte beobachten, der Unternehmen auf die Einhaltung menschenrechtlicher und ökologischer Standards verpflichtet. Warum sich russische Unternehmen im Bereich CSR engagieren und wie sich ihre Zusammenarbeit mit dem Staat in diesem Bereich entwickelt, bleibt jedoch weiterhin Gegenstand der Debatte.

Einleitung

Am 23. September 2019 hat Russlands Regierungschef Dmitrij Medwedew den Weg zur Ratifizierung des Pariser Klimaabkommens freigegeben. Russland bekennt sich damit zu den Klimazielen, die die menschengemachte globale Erwärmung auf weniger als 1,5 Grad Celsius gegenüber der vorindustriellen Zeit begrenzen wollen. Die Bereitschaft zur Ratifizierung des Abkommens wurde von der russischen Regierung damit begründet, dass die Folgen des Klimawandels gerade in Russland spürbar seien. Um umweltpolitische Schritte einzuleiten benötigt der russische Staat die enge Zusammenarbeit mit der Wirtschaft. Dies zeigt sich auf allen Ebenen der staatlichen Hierarchie, besonders jedoch in den russischen Regionen, deren Verwaltungen finanziell stark von den regional ansässigen Unternehmen abhängig sind. Die im Mai-Dekret von 2018 formulierten wirtschaftspolitischen Ziele sind für den russischen Staat nur mit Unterstützung russischer Unternehmen erreichbar. Besonders auf der regionalen Ebene kommt der Zusammenarbeit zwischen Staat und Wirtschaft daher eine besondere Bedeutung zu, die in diesem Beitrag untersucht werden soll. Wir gehen dabei zunächst auf die Formen der Zusammenarbeit und die Entscheidungsmechanismen ein. Im Anschluss diskutieren wir den Beitrag der Unternehmen an der sozialen und ökologischen Entwicklung der Regionen und die Rolle der Zivilgesellschaft, bevor wir im Fazit die Motivation russischer Unternehmen für ihr Engagement im Bereich CSR resümieren.

Wechselseitige Abhängigkeit prägt das Verhältnis von Staat und Wirtschaft

Die Beziehungen zwischen staatlichen und wirtschaftlichen Akteuren in Russland sind von wechselseitiger Abhängigkeit geprägt. Obwohl der Staat in einem hybriden politischen Regime eine führende Rolle spielt, ist das Verhältnis zwischen den Akteuren keine Einbahnstraße. Angesichts der Ressourcenknappheit, vor allem auf der regionalen Ebene, sind staatliche Akteure in Russland auf die finanzielle Unterstützung und die sozialpolitischen Kapazitäten von Unternehmen angewiesen. Auf diese Weise findet ein Ressourcenaustausch statt, an dem beide Seiten interessiert sind.

Russische Unternehmen treten in der Zusammenarbeit mit dem Staat als sozial verantwortliche Akteure auf und haben sich als wichtige Partner der Behörden etabliert. Zum einen sichern sie dadurch ihre eigenen wirtschaftlichen Interessen gegenüber dem Staat und entgehen möglichen Sanktionen, was hinsichtlich der fehlenden Rechtsstaatlichkeit eine wichtige Rolle für ihr wirtschaftliches Überleben spielen kann. Zum anderen erhalten die Unternehmen durch diese Kooperation im sozialen und ökologischen Bereich die Möglichkeit, sich an den Entscheidungsprozessen über die Entwicklung der Regionen, in denen ihre Standorte liegen, zu beteiligen. Die Absprache und Koordination der sozialen und ökologischen Aktivitäten mit den Behörden ist ein wichtiger Bestandteil der unternehmerischen Beziehungen zum Staat (*Government Relations*). Sie ermöglicht den Firmen Zugang zu administrativen und weiteren Ressourcen des Staa-

tes und wird in letzter Zeit zunehmend systematisiert und institutionalisiert.

Welche Formen der Zusammenarbeit gibt es?

Da es in Russland bislang an einer Gesetzgebung im Bereich der gesellschaftlichen Verantwortung von Unternehmen fehlt, entwickelt sich die Interaktion zwischen Staat und Wirtschaft vorwiegend nach informellen Spielregeln. Trotzdem weisen verschiedene Formen der Zusammenarbeit einen gewissen Grad an Institutionalisierung auf. Es lassen sich vier Interaktionsformen unterscheiden: 1) sozialwirtschaftliche Entwicklungsabkommen zwischen Unternehmen und regionalen bzw. kommunalen Administrationen (SEDAs); 2) gemeinsame Projekte, zumeist basierend auf einer öffentlich-privaten Partnerschaft (ÖPP); 3) Arbeitsgruppen, Ausschüsse und andere Gremien mit Beteiligung von Unternehmensvertretern und staatlichen Akteuren; 4) regelmäßige informelle Zusammenarbeit, einschließlich persönlicher Absprachen zur Regelung von Streitfragen und Wohltätigkeitsaktivitäten regionaler Unternehmen.

Eine relativ stark institutionalisierte Form der Zusammenarbeit von Staat und Wirtschaft sind die SEDAs. Diese verbindlichen Abkommen zwischen Unternehmen und Administrationen werden zumeist für einen Zeitraum von drei bis fünf Jahren abgeschlossen und von jährlichen Zusatzverträgen begleitet, die eine Auflistung von konkreten Projekten und festgelegten Ausgaben der Unternehmen für Straßen- und Brückenbau, Ausbau und Instandhalten der sozialen Infrastruktur, langfristiges Sponsoring von Sport, Kultur, Bildung und Forschung in der Region beinhalten. In den Abkommen verpflichten sich beide Seiten zur gegenseitigen Unterstützung. Den Unternehmen wird der Abbau von administrativen Barrieren und eine staatliche Förderung von Investitionsprojekten, einschließlich von Steuervergünstigungen und Bürokratierleichterungen zugesichert. Im Gegenzug erhalten die regionalen und kommunalen Administrationen von den Unternehmen finanzielle Zuschüsse in Höhe von hunderten Millionen Rubel zur Erfüllung sozialpolitischer Aufgaben.

Die gemeinsamen Projekte im sozialen und ökologischen Bereich finden sowohl im Rahmen von SEDAs als auch auf Vertragsbasis statt. Letzteres gilt für Unternehmen, die keine langfristigen sozialwirtschaftlichen Entwicklungsabkommen mit den Behörden abschließen. Die Themenbereiche entsprechen im Wesentlichen den regulär in den SEDAs aufgelisteten und oben erwähnten Projekten. Der substantielle Unterschied besteht darin, dass die staatliche Unterstützung im Rahmen von ÖPP auf die konkrete Zielsetzung eines einzelnen Projektes

begrenzt ist und die Unterstützung des Staates für die allgemeine wirtschaftliche Tätigkeit des Unternehmens in der Region ausschließlich auf informeller Basis erfolgt.

Die gegenseitige Beteiligung an Gremien im sozialen und umweltpolitischen Bereich stellt eine weitere, informellere Form der Zusammenarbeit zwischen Staat und Wirtschaft dar. Dabei nehmen zum einen Unternehmensvertreter an den Gesellschaftsräten der regionalen Ministerien oder der Gesellschaftskammern teil und bringen ihre Vorschläge für staatliche Ausgaben in den jeweiligen Themengebieten ein. Zum anderen werden staatliche Akteure in die Auswahlkommissionen eingebunden, die über die Vergabe von Fördermitteln der Unternehmen an zivilgesellschaftliche Organisationen und kommunale Einrichtungen entscheiden. Diese Art der Zusammenarbeit ist im Vergleich zu Abkommen und Projekten für beide Seiten weitaus weniger verpflichtend und dient vor allem dem Informations- und Meinungsaustausch.

Eine weitere, schwach institutionalisierte Form der Zusammenarbeit sind Anfragen von regionalen und kommunalen Administrationen an die Unternehmen zur direkten Beteiligung an Reparatur- und Bauarbeiten in sozialen Einrichtungen des Staates, zur Finanzierung von öffentlichen Großveranstaltungen sowie zur Unterstützung von bedürftigen Organisationen und Einzelpersonen nach Absprache mit den Behörden, wie z. B. in medizinischen Notfällen. Durch ihre Bereitschaft, in Ausnahmefällen finanziell einzuspringen, signalisieren die Unternehmen ihre Loyalität gegenüber dem Staat und pflegen informelle Kommunikationskanäle, die sie für die Wahrung ihrer wirtschaftlichen Interessen in der Region und zur Beilegung potentieller Konflikte nutzen können. Die informelle Zusammenarbeit mit den regionalen Behörden erhöht jedoch auch das Risiko für überzogene Anforderungen von Seiten des Staates und verursacht zusätzliche Kosten für die Unternehmen, die in der langfristigen Planung der CSR-Aktivitäten nicht berücksichtigt werden.

Anteil der Unternehmen an der Entwicklung der Regionen

Neben der direkten Zusammenarbeit mit staatlichen Behörden führen russische Unternehmen eigene Programme zur sozialen und ökologischen Unternehmensverantwortung durch, die weitgehend unabhängig vom Staat erfolgen. Die Priorität der Unternehmen liegt dabei auf den Regionen bzw. Städten, in denen sich ihre Produktionsstandorte, die sogenannten Präsenzterritorien, befinden. Dieses schlägt sich auch in der Bezeichnung der Programme nieder. So nennt das Ölunternehmen GazpromNeft sein Programm der Unternehmensverantwortung »Heimatstädte«, während der Metallkon-

zern Rusal von den »Territorien Rusals« spricht. Andere Unternehmen stellen die Wohltätigkeit ihrer CSR-Aktivitäten in den Vordergrund, wie z. B. das Chemieunternehmen Sibur mit dem Programm »Formel des Guten«.

Russische Unternehmen mit eigenen Industriestandorten verstehen ihre gesellschaftliche Verantwortung besonders in Bezug auf die lokale Bevölkerung in den Präsenzterritorien sowie auf ihre Mitarbeiter und deren Familien. Die Unternehmen unterscheiden dabei zwischen internen CSR-Programmen, die Lohnzusatzleistungen, soziale Vergünstigungen und Fortbildungen für Mitarbeiter beinhalten, sowie externen CSR-Programmen, die sich auf die Unterstützung von lokalen Organisationen und Institutionen im sozialen Bereich richten. Eine relativ neue Entwicklung in Russland ist die Förderung der Freiwilligenarbeit unter Mitarbeitern, das sogenannte *Corporate Volunteering*, das von den Firmen zur Stärkung der Mitarbeiterzufriedenheit und -anbindung genutzt wird. Ein weitverbreitetes Format sind Wettbewerbe für zivilgesellschaftliche Organisationen und lokale Einrichtungen. Mit diesen Wettbewerben fördern Unternehmen soziale Initiativen in der Region und tragen gleichzeitig zu einer besseren Sichtbarkeit des Unternehmens bei. Für Handelsketten spielen in der Ausrichtung der Unternehmensverantwortung neben den Mitarbeitern auch die Kunden eine zentrale Rolle. Die CSR-Programme dieser Firmen tragen daher häufig einen Marketingcharakter und beinhalten beispielsweise besondere Vergünstigungen für Rentner oder Spendenaktionen zu besonderen Anlässen.

Viele russische Großunternehmen sind in den vergangenen Jahren dazu übergegangen, ihre CSR-Programme zu systematisieren, um eine größere Einheitlichkeit und Planbarkeit der Aktivitäten zu erreichen. Es lässt sich eine allgemeine Entwicklung von einzelnen Wohltätigkeitsaktionen zu einheitlichen CSR-Programmen beobachten. Viele Unternehmen entwickeln sich von der Wohltätigkeit zu systematischen CSR-Programmen. Häufig werden bereits bestehende Aktivitäten unter einem zentralen Nenner zusammengefasst. Die Unternehmen orientieren sich dabei zunehmend an internationalen CSR-Standards und greifen internationale Entwicklungen wie z. B. die UN-Nachhaltigkeitsagenda oder das Konzept der sozialen Investitionen auf. Wichtige Akteure in der Förderung von CSR in Russland sind die Russische Union der Unternehmer und Industriellen, die seit 2012 ein Ranking in der CSR-Berichterstattung durchführt, und die Russische Managervereinigung, die Fortbildungen und Informationsveranstaltungen zur gesellschaftlichen Unternehmensverantwortung anbietet. Internationale Trends werden in Russland zunehmend wichtiger, da Unternehmen, die auf internationalen Märkten tätig sind,

von ihren Abnehmern oder Investoren dazu verpflichtet werden, CSR-Standards einzuhalten. In den Regionen zeigen sich jedoch interessante Mischformen. Neue CSR-Formate werden mit sowjetischen Traditionen verbunden. Das bereits erwähnte *Corporate Volunteering* führte beispielsweise zu einer Wiederbelebung der traditionellen *Subbotniks*.

Einer der Gründe für die Unternehmen, ihre Programme im Bereich der Unternehmensverantwortung zu systematisieren und ihre Zusammenarbeit mit dem Staat zu formalisieren, besteht darin, sich vor einer gesteigerten Anspruchshaltung und Willkür des Staates zu schützen. Ein Erbe der Planwirtschaft besteht darin, dass sowohl staatliche Behörden wie auch Teile der Bevölkerung hohe Erwartungen an regional ansässige Unternehmen stellen. Dieser Anspruch resultiert aus der sowjetischen Wirtschaftsstruktur, in welcher die Betriebe alle sozialen Einrichtungen, wie z. B. Polikliniken, Schulen und Kindergärten bereitgestellt haben. Durch die verbindliche Aufteilung von Rechten und Pflichten in Abkommen und Projekten werden die Grenzen unternehmerischer Investitionen und ihre finanzielle und infrastrukturelle Beteiligung an der sozialen Entwicklung der Territorien festgelegt. Somit stärken die Unternehmen ihre Position in den Verhandlungen mit dem Staat, begrenzen den Umfang von ad-hoc Anfragen der Behörden, und entwickeln die Zusammenarbeit zwischen Wirtschaft und Staat von den klassischen sozialen Ausgaben der Betriebe zu sozialen Investitionen mit gemeinsamer langfristiger Planung und verbindlicher Rollenaufteilung.

Welche Rolle spielt die Zivilgesellschaft?

In der internationalen Forschungsliteratur wird allgemein angenommen, dass Unternehmen Programme zur gesellschaftlichen Unternehmensverantwortung als Antwort auf den Druck der Zivilgesellschaft entwickelt haben. In Russland ist die Rolle der Zivilgesellschaft jedoch begrenzt. Die meisten Organisationen sind zu schwach, um es mit übermächtigen Unternehmen aufzunehmen. Zudem fehlt es in Russland weitgehend an einer kritischen Öffentlichkeit, die es vermögen würde, soziale oder ökologische Missstände in Unternehmen wirksam anzuprangern. In der letzten Zeit beginnt sich hier eine Änderung abzuzeichnen. In den Regionen entstehen vermehrt Proteste zu Umweltthemen, wie z. B. gegen Umweltverschmutzung oder den Bau von Müllverbrennungsanlagen. Einzelne Organisationen haben erfolgreich Aktionen gegen Unternehmen durchgeführt und die Einhaltung von strengeren Umweltauflagen auf lokaler Ebene erreicht. Darüber hinaus steigen in Russland die Anforderungen an Unternehmen als Arbeitgeber und Produzenten, da Mitarbeiter, Kunden oder

Anwohner gute Arbeits- und Lebensbedingungen erwarten. Unternehmen können die Belange der Bevölkerung also nicht negieren. Insgesamt bleiben zivilgesellschaftliche Organisationen jedoch schwach. In den Regionen und vor allem in den sogenannten Monostädten ist die Bevölkerung stark von den vor Ort ansässigen Unternehmen abhängig und hat daher kaum Möglichkeiten zur kritischen Kontrolle.

Fazit: Warum engagieren sich russische Unternehmen im Bereich CSR?

Gesellschaftliche Unternehmensverantwortung ist eine neue Entwicklung in Russland, die wesentlich von der

stärkeren Anbindung in globale Märkte geprägt wird. In der Ausprägung der Unternehmensverantwortung zeigt sich jedoch besonders in den Regionen eine Verbindung mit traditionellen Erwartungen an die Rolle von Unternehmen, wie z. B. in der Bereitstellung sozialer Infrastruktur, der engen Zusammenarbeit mit regionalen Behörden und der Förderung lokaler Wohltätigkeit. Der Staat ist auch in der Entwicklung der gesellschaftlichen Unternehmensverantwortung ein zentraler Bezugspunkt für russische Unternehmen, die ihre Programme zunehmend institutionalisieren, um Rechte und Pflichten in der Zusammenarbeit mit dem Staat verbindlich festzulegen.

Über die Autoren:

Ulla Pape und Stanislav Klimovich sind wissenschaftliche Mitarbeiter im DFG-Forschungsprojekt »Variationen von Governance in hybriden Regimen. Unternehmen, Staat und Zivilgesellschaft im heutigen Russland« (Govrus) unter der Leitung von Prof. Dr. Katharina Bluhm und Prof. Dr. Sabine Kropp an der Freien Universität Berlin. Ulla Pape forscht zu den Themen Gesundheits- und Sozialpolitik, Zivilgesellschaft sowie dem Verhältnis zwischen Unternehmen und Staat in Russland. Stanislav Klimovich forscht zu den Themen Föderalismus und Dezentralisierung sowie politisches Regime und Governance in Russland.

Bibliographie

- Crotty, J. (2016). Corporate Social Responsibility in the Russian Federation: A Contextualized Approach. *Business & Society*, 55(6), 825–853.
- Crotty, J., & Hall, S. (2014). Environmental Awareness and Sustainable Development in the Russian Federation. *Sustainable Development*, 22(5), 311–320.
- Fifka, M. S., & Pobizhan, M. (2014). An Institutional Approach to Corporate Social Responsibility in Russia. *Journal of Cleaner Production*, 82, 192–201.
- Hale, H. (2010). Eurasian Polities as Hybrid Regimes: The Case of Putin's Russia. *Journal of Eurasian Studies*, 1(1), 33–41.
- Mizobata, S. (2011): Business Society and Corporate Social Responsibility: Comparative Analysis in Russia and Japan. Hg. v. Kyoto University. Kyoto Institute of Economic Research, <http://www.kier.kyoto-u.ac.jp/DP/DP774.pdf>.
- Polishchuk, L. (2009). Corporate Social Responsibility vs. Government Regulation: Institutional Analysis with an Application to Russia, *HSE Working paper Series 1*, Moscow: Higher School of Economics.
- Schuhmann, J., Bluhm, K.; Kropp, S. (2017). Osobennosti raswitija korporatiwnoj otwetstwenosti w Rossijskoj Federazii, in: Krylow, A. (ed.). *Jewropejskaja bisnes-etika. Nastal'naja kniga*. Moskwa: Ikar (i. E.).

Russlands langfristige Wirtschaftspläne

Roland Götz, Berlin

Zusammenfassung

Zwischen 2000 und 2018 gab Russlands Staatsspitze acht Pläne in Auftrag, die Orientierung für die langfristige Wirtschafts- und Sozialpolitik geben sollten. Umgesetzt wurden sie entweder gar nicht oder nur zum Teil. Dass der 2018 beschlossene Plan, genannt »Prognose der sozialökonomischen Entwicklung der Russischen Föderation bis 2036«, realisiert werden kann, ist ebenfalls unwahrscheinlich. Voraussetzung für sein Gelingen wäre eine deutliche Verbesserung des Investitionsklimas, wofür vor allem das Vertrauen der Unternehmer in die staatlichen Strukturen gestärkt werden müsste. Dies setzt eine Reform des politischen Systems voraus, woran die herrschenden Kreise jedoch kein Interesse haben, weil sie dann um ihre Privilegien fürchten müssten.

Pläne für die Marktwirtschaft

Nach Überwindung der Transformationsrezession in der ersten Hälfte der 1990er Jahre sowie der Finanzkrise 1998 hielt Russlands Staatsspitze die Ausarbeitung langfristiger Wirtschaftsprogramme für erforderlich. Diese als »Strategie«, »Konzept« oder »Prognose« bezeichneten Planungen setzen unter anderem Ziele für Produktion, Investitionen, Außenhandel und die demographische Entwicklung auf nationaler und regionaler Ebene. Während Experten unterschiedlicher Richtungen Entwürfe erarbeiten, folgen die Endfassungen den genauen Vorgaben von Präsident und Regierung (siehe dazu den Beitrag von Vera Rogova in der Bibliografie). Die geforderten Maßnahmen entstammen dem Instrumentarium der Wirtschaftsförderung und Innovationspolitik in der Marktwirtschaft und nicht dem einer planwirtschaftlichen Geld-, Fiskal- und Währungspolitik, wie sie Sergej Glasjew und andere fordern (siehe dazu den Beitrag von Roland Götz in der Bibliografie).

»Strategie 2010«

Der im August 1999 von Präsident Boris Jelzin als Premierminister eingesetzte Wladimir Putin hatte Ende 1999 die Gründung des Moskauer »Zentrums für strategische Studien« (*Center for Strategic Research, CSR*) angeordnet. Es verfasste in seinem Auftrag im Jahr 2000 ein bis 2010 konzipiertes Wirtschaftsprogramm mit dem Titel »Grundrichtungen der langfristigen Sozial- und Wirtschaftspolitik der Regierung – Strategie 2010«. Leitende Mitarbeiter des CSR wie German Gref, Alexej Kudrin, Arkadij Dworkowitsch, Alexej Uljukajew und Elwira Nabiullina erhielten Regierungsposten und konnten so Teile dieses Programms verwirklichen, wozu eine Steuer- und Budgetreform sowie die Einrichtung eines Devisen-Reservefonds gehörten. Durch den starken Anstieg des Erdölpreises und die dadurch motivierte Wiederinbetriebnahme stillgelegter Ölfelder kam in Russland ab dem Jahr 2000 ein Ölexportboom in Gang, der dazu führte, dass die im Programm

geplanten hohen Wachstumsraten der Produktion und der Einkommen sogar noch übertroffen wurden und die staatlichen Auslandsschulden fast vollständig abgebaut werden konnten. Andere Programmpunkte wie die Reform der Verwaltung und des Justizsystems oder die Diversifizierung der Wirtschaft wurden jedoch nur in geringem Umfang in die Tat umgesetzt. Die »Strategie 2010« blieb in Vergleich zu allen späteren Wirtschaftsprogrammen am längsten in Kraft (siehe Tabelle 1, S.10).

»Konzept 2020«

Unter dem Eindruck der vom Ölexportboom angetriebenen Wirtschaftsentwicklung hatte Präsident Putin im Juni 2006 das Wirtschaftsministerium mit der Erstellung eines noch ehrgeizigeren Wirtschaftsprogramms beauftragt, welches Russland den Status einer führenden Weltmacht des 21. Jahrhunderts verleihen sollte. Dieses sogenannte »Konzept für die sozialökonomische Entwicklung bis 2020« wurde von der Regierung im November 2008 per Verordnung in Kraft gesetzt. Jedoch machte die im zweiten Halbjahr 2008 auf Russland übergreifende Weltwirtschaftskrise seine Ausführung unmöglich.

»Strategie 2020«

Um das obsoleete »Konzept 2020« zu ersetzen, beauftragte Premierminister Putin im Januar 2011 die Moskauer »Hochschule für Ökonomie« sowie die Russische Akademie für Volkswirtschaft und Staatsdienst mit der Abfassung eines bis 2020 laufenden Wirtschaftsprogramms. Beide Institutionen legten im März 2012 ein zweibändiges Werk mit dem Titel »Strategie 2020 – Ein neues Wachstumsmodell und eine neue Sozialpolitik« vor, das umfangreiche Reformvorschläge für die Gesetzgebung auf den Gebieten der Sozial- und Wirtschaftspolitik enthielt. Es wurde von der Regierung zwar nicht formell bestätigt, doch flossen einige seiner Vorschläge in die im Mai 2012 erlassenen Dekrete Putins ein, in denen er Anweisungen für die Wirt-

schafts- und Sozialpolitik während seiner Präsidentschaft gab.

»Prognose 2030«

Auf der Grundlage von Putins »Mai-Dekreten« von 2012 verfasste das Wirtschaftsministerium eine »Prognose der langfristigen sozialökonomischen Entwicklung der Russischen Föderation bis 2030«, die im März 2013 von der Regierung bestätigt wurde. Da viele ihrer Ausgangsannahmen durch die Wirtschaftskrise 2014/15 sowie die Auswirkungen der auf die Krim-Annexion folgenden westlichen Sanktionen überholt waren, wurde sie nicht umgesetzt.

»Strategie 2030«

Als Ersatz für die nicht realisierte »Prognose 2030« und nach Maßgabe eines 2014 beschlossenen Gesetzes über die »strategische Planung« (static.kremlin.ru/media/acts/files/0001201406300016.pdf) beauftragte Ministerpräsident Dmitrij Medwedew Mitte 2015 seinen Expertenrat sowie seinen damaligen Minister Michail Abysov (der im März 2019 wegen Unterschlagung verhaftet wurde) mit der Erstellung einer sogenannten »Strategie der sozialökonomischen Entwicklung Russlands bis 2030 – Strategie 2030«. Sie sollte 2017 vorliegen, wurde jedoch nicht fertiggestellt.

»Strategie 2024«

Im Frühjahr 2016 wies Präsident Putin seinen Wirtschaftsrat sowie das damals von Alexej Kudrin geleitete CSR zur Ausarbeitung einer »Strategie 2018–2024 mit Perspektive bis 2035« an (siehe dazu den Beitrag von Vera Rogova, S. 7–8, in der Bibliografie). Im Jahr 2017 wurden unter dem Titel »Strategie der Entwicklung des Landes 2018–2024« aber nur eine knappe Beschreibung dieses Projekts veröffentlicht, das damit offenbar eingestellt wurde.

»Prognose 2036« und »Budgetprognose 2036«

Präsident Putin verkündete Anfang März 2018 in seiner Botschaft an die Föderalversammlung (<http://en.kremlin.ru/events/president/transcripts/statements/56957>) sowie im Mai 2018 in mehreren Dekreten (<http://en.kremlin.ru/events/president/news/57425>) Richtlinien für ein neues Wirtschaftsprogramm. Demnach soll Russland bis 2024, gemessen am Bruttoinlandsprodukt zu Kaufkraftparitäten, in den Kreis der fünf größten Volkswirtschaften aufsteigen, wobei das Wirtschaftswachstum mit rund 3 Prozent pro Jahr das der Weltwirtschaft übertreffen und die Inflation höchstens 4 Prozent pro Jahr betragen soll. (Zum »Fünferklub« der größten Volkswirtschaften zählen heute China, die USA, Indien, Japan und Deutschland). Nach Angaben der Welt-

bank hatte Russlands Bruttoinlandsprodukt (BIP) das Deutschlands allerdings bereits zwischen 2008 und 2015 übertroffen und unterschreitet es 2018/19 nur geringfügig, weswegen diese propagandistisch wichtige Aufgabe möglicherweise erneut erfüllt werden könnte (Grafik 1, S. 11). Ein Putins Vorgaben entsprechendes Wirtschaftsprogramm wurde vom Wirtschaftsministerium am 28. November 2018 mit der Bezeichnung »Prognose der sozialökonomischen Entwicklung der Russischen Föderation bis 2036« publiziert. Darauf baut auch die am 29. März 2019 veröffentlichte, ebenfalls bis 2036 reichende »Budgetprognose« auf.

Beide sogenannten Prognosen dekretieren (wie schon alle vorausgegangenen Langfristprogramme) die aus den Vorgaben der Staatsspitze folgende Entwicklung einer Reihe von wirtschaftlichen und sozialen Eckdaten für den Gesamtstaat und legen gleichzeitig damit den Rahmen für darauf aufbauende Planungen der Gebiete und Kommunen fest; sie sind daher keine Prognosen, sondern Planungen (siehe Tabelle 2, S. 11, Grafik 2, S. 12, und Tabelle 3 auf S. 12). Die bis 2036 reichende Planung unterscheidet zwei Varianten (Szenarien): Im »Basisszenario« wird ein höheres Wachstum der Weltwirtschaft vorausgesetzt als im »konservativen« Szenario. Dabei wird das Basisszenario als dasjenige betrachtet, auf das die Wirtschaftspolitik ausgerichtet werden soll. Freilich unterscheiden sich die Annahmen und daher auch die Ergebnisse der Planberechnungen in beiden Fällen nur bis 2024 merklich, während sie gegen Ende des langfristigen Planungszeitraums praktisch identisch sind.

Wie von Putin gefordert worden war, soll Russlands BIP in den 18 Jahren des Planungszeitraums 2019 bis 2036 im Jahresdurchschnitt real (inflationbereinigt) um 3 Prozent pro Jahr wachsen. Die real verfügbaren Einkommen der Bevölkerung (Löhne, Gewinneinkommen und Sozialleistungen abzüglich Steuern und Abgaben) können gemäß Planung allerdings durchschnittlich nur um 2,4 Prozent pro Jahr zunehmen. Die Zahl der Beschäftigten soll von 72 Millionen Personen im Jahr 2018 bis 2036 auf 76 Millionen ansteigen. Dafür wäre freilich eine Zunahme des Arbeitskräftepotentials erforderlich, was selbst die »hohe« Prognose der amtlichen Statistik weit übertrifft (Rosstat, Demographische Prognose bis 2035 – Bevölkerung nach Altersgruppen, <https://www.gks.ru/folder/12781>).

Das geplante, im Vergleich zu den Vorjahren hohe Wirtschaftswachstum erfordert in beiden Szenarien die Steigerung der Investitionsquote von 21 Prozent (2018) auf 27 Prozent (2036). Zu diesem Zweck hat die Regierung Mitte 2018 die Überarbeitung von Richtlinien zur Wirtschaftsförderung beschlossen (<http://static.government.ru/media/files/VxiY5sMI1efyU0dBdVFSra u5TFkgYG3K.pdf>). Um der übermäßigen Kontrollsucht

der Behörden Einhaltung zu gebieten, soll außerdem nach dem Vorbild Mexikos, Südkoreas und anderer Länder in Russland die »regulatorische Guillotine« eingeführt werden. Das bedeutet, dass sämtliche Vorschriften, welche die Unternehmertätigkeit einschränken, Ende 2020 außer Kraft gesetzt sind, wenn sie nicht geändert oder ausdrücklich bestätigt wurden. Auch die meisten der »nationalen Projekte«, welche im Wege der Projektplanung die schon bestehenden »Staatlichen Programme« auf prioritäre Ziele ausrichten und für die zwischen 2019 und 2024 Ausgaben in Höhe von insgesamt 25,7 Billionen Rubel (395 Milliarden US-Dollar) geplant sind, sollen die Voraussetzungen für die Investitionstätigkeit verbessern (siehe Tabelle 4, S. 13, sowie den Beitrag von Ben Aris in der Bibliografie).

Während die Planung bis 2036 eine Zunahme der Förderung von Erdgas und Kohle vorsieht, soll die Erdölförderung im gleichen Zeitraum auf dem 2018 erreichten Niveau stabilisiert werden, indem der sonst unvermeidliche Rückgang der Ölförderung in den westsibirischen Ölfeldern durch die Erschließung weiterer mittel- und ostsibirischer Lagerstätten aufgehalten wird. Die hierfür erforderlichen neuen Technologien, darunter hydraulisches Fracking, können wegen der westlichen Sanktionen nicht importiert werden und müssen in Russland erst entwickelt werden (siehe den Beitrag von Tatjana Mitrova in der Bibliografie). Trotz hoher Investitionen wird der Energie- und Rohstoffsektor, weil dessen Exportvolumen wegen tendenziell sinkender Weltmarktpreise voraussichtlich bei rund 250 Milliarden US-Dollar stagnieren wird, kein Wirtschaftswachstum auslösen. Wachstumsimpulse verspricht man sich von der Expansion der sonstigen Wirtschaftszweige, deren Exporte von rund 190 Milliarden US-Dollar (2018) bis 2036 auf rund 700 Milliarden US-Dollar steigen sollen.

Eine Energiewende sieht die Planung nicht vor: An der Stromerzeugung soll der Anteil der Kraftwerke, die mit Erdgas und Kohle betrieben werden, bis 2036 mit 64 Prozent stabil bleiben, der Anteil der Kernenergie im selben Zeitraum – um ein Prozent auf 19 Prozent steigen und der Anteil der großen Wasserkraftwerke um ein Prozent auf 16 Prozent sinken. Der Anteil der sonstigen erneuerbaren Energien wird somit bei einem Prozent der Stromerzeugung verharren. Russland wird, selbst wenn es die Wachstumsziele der »Prognose 2036« erreicht, seine wenig ambitionierte Verpflichtung zur Begrenzung der Treibhausgasemissionen auf 70–75 Prozent des Niveaus von 1990 dennoch erfüllen können, wenn sein Primärenergieverbrauch wie geplant zu zwei Dritteln auf dem Einsatz von Erdgas, Kernenergie sowie Wasserkraft beruhen wird (<https://climateactiontracker.org/countries/russian-federation/>; siehe auch den Beitrag von Alexey Kokorin und Anna Korppoo in der Biblio-

grafie). Eine aktivere Klimaschutzpolitik scheitert am Widerstand der Industrielobby, welche selbst mit der abgeschwächten Fassung des Gesetzes zur Regulierung der Treibhausgasemissionen, das nach zweijähriger Diskussion 2019 von der Duma verabschiedet werden soll, nicht einverstanden ist. Deswegen musste auch die Ratifizierung des Pariser Klimaabkommens durch Russland im September 2019 ohne Zustimmung des Parlaments durch Regierungsverordnung erfolgen (<https://www.telegraph.co.uk/news/2019/09/23/russia-ratifies-paris-climate-accord-targets-critically-insufficient/>).

Politische Grenzen des Wachstums

Das aktuelle Wirtschaftsprogramm ist (wie auch seine Vorgänger) keine Prognose, die mit hoher Wahrscheinlichkeit eintreffen könnte, sondern ein Wunschkatalog: Russlands Volkswirtschaft soll unter Wahrung makroökonomischer Stabilität (geringe Inflation und Arbeitslosigkeit, geringes Budgetdefizit) 18 Jahre lang im Tempo der Weltwirtschaft wachsen und dabei Deutschland als Wirtschaftsmacht überrunden. Die dafür erforderlichen hohen Investitionen sollen durch die »nationalen Projekte« (Tabelle 4, S. 13) ermöglicht und angeregt werden, indem sie den Rückstand des Landes bei Infrastruktur und Lebensstandard beseitigen. Letzteres wird aber kaum gelingen, solange das Vertrauen der Geschäftswelt in die staatlichen Strukturen äußerst schwach ist, wofür es gute Gründe gibt: Unternehmer können sich kaum dagegen wehren, dass Staatsfunktionäre sie wegen geringfügigen oder auch nur konstruierten Verletzungen von Vorschriften erpressen, Schmiergeld verlangen oder Gewinnerzielung als Betrug klassifizieren, weil die Gerichte fast immer der Auffassung der Anklagebehörden folgen (siehe den Text von Ella Paneyakh und Dina Rosenberg in der Bibliografie). Diese »Unternehmensplünderung« (russ.: *reiderstwo*) geht nicht mehr wie in den 1990er Jahren von Kriminellen aus, sondern wird heute von regionalen Netzwerken der »Silowiki« organisiert (siehe die Beiträge von Veronika Horrer, Michael Rochlitz et al. und Ilja Viktorov in der Bibliografie).

Selbst die Kritik Putins an derartigen Praktiken, die er in seinen Botschaften an die Föderalversammlung wiederholt vorgetragen hatte, zeigte keine Wirkung. Resigniert musste die Zentralbankpräsidentin Elwira Nabiullina am 4. Juli 2019 auf dem 28. Internationalen Finanzkongress in Sankt Petersburg feststellen:

»Eine Verbesserung des Investitionsklimas kann sich nicht auf den Abbau administrativer Hindernisse beschränken. Erforderlich sind der Schutz des Privateigentums, unabhängige Gerichte und insbesondere die gerichtliche Beilegung von Unternehmenskonflikten, die beste Qualität der Unternehmensführung sowie die Entwicklung des menschlichen Potenzials. Diese

Worte sprechen wir seit vielen Jahren fast unverändert aus. Zuerst schienen sie nur richtig zu sein, dann ein Gemeinplatz, dann leere Worte von Beamten und jetzt manchmal wie ein Schrei der Verzweiflung« (<https://www.cbr.ru/press/st/2019-07-04/>).

Nach wie vor gilt der Befund des Direktors des »Lewada-Zentrums«, des führenden Meinungsforschungsinstituts Russlands, Lew Gudkows: »Die entstehende Mittelklasse Russlands hat erkannt, dass das Fehlen unabhängiger Gerichte das zentrale Hindernis für die Modernisierung des Landes ist« (siehe den Text von Lev Gudkov, S. 292 sowie außerdem die Beiträge von Eberhard Schneider und Alexandra Vasileva sowie von Fabian Burkhardt und Janis Kluge in der Bibliografie). Dieses Modernisierungshemmnis wird bestehen bleiben, solange das politische System Russlands für seinen Fortbestand die Kontrolle der Medien, die Nutzung

der Armee als Sozialisationsinstanz und den Rechtsrelativismus der Justiz benötigt (siehe Gudkov in der Bibliografie, S. 288–293). Russland steckt damit in der Sackgasse der »autoritären Modernisierung« fest (Vladimir Gel'man in der Bibliografie).

Ausblick

Die politischen, bürokratischen und ökonomischen Eliten Russlands sind am Erhalt des autoritären politischen Systems mit seiner gefügigen Justiz interessiert, weil es ihnen ihre Positionen und Privilegien sichert. Ein Aufschwung der Unternehmen außerhalb des Rohstoffsektors, wovon das Gelingen der aktuellen Wirtschaftsplanung abhängt, wird dadurch sehr erschwert. Daher sind das geplante Wirtschaftswachstum und eine spürbare Verbesserung der Lebensbedingungen der breiten Bevölkerung kaum zu erwarten.

Über den Autor

Dr. Roland Götz hat sich am Bundesinstitut für ostwissenschaftliche und internationale Studien in Köln und in der Stiftung Wissenschaft und Politik in Berlin mit der Sowjetwirtschaft und den Volkswirtschaften der GUS beschäftigt.

Bibliografie:

- Aris, B. (2019). Russia's National Projects. Economic Reboot or Mucky Bog? *Russia Matters*, 30.05.2019; <https://www.russiamatters.org/analysis/russias-national-projects-economic-reboot-or-mucky-bog>.
- Burkhardt, F., Kluge, J. (2018). Kampf um das Eigentum. Staat und Wirtschaft in Russland. *Osteuropa*, 68. Jg., 10–12, S. 175–187.
- Gel'man, V. (2010). Sackgasse. Autoritäre Modernisierung in Russland. *Osteuropa*, 60. Jg., 1, S. 3–13.
- Götz, R. (2015). Die Wirtschaftspolitik der belagerten Festung. Das Glasjew-Programm. *Russland-Analysen* 305, 20.11.2015, S. 6–11; <https://www.laender-analysen.de/site/assets/files/1358/russlandanalysen305.pdf#page=6>.
- Gudkov, L. (2013). Fatale Kontinuitäten. Vom sowjetischen Totalitarismus zu Putins Autoritarismus. *Osteuropa*, 63. Jg., 5–6, S. 283–295.
- Horrer, V. (2018). Russische Justiz in der Grätsche zwischen Rechtsstaat und Autokratie. *Legal Tribune Online*, 23.06.2018; <https://www.lto.de/recht/hintergruende/h/justiz-russland-unabhaengigkeit-rechtsstaat-einfluss-exekutive/>.
- Kluge, J. (2019). Russia's Economy until 2030. Falling behind. *Atlantic Community*, 24.07.2019; <https://atlanticcommunity.org/russias-economy-until-2030-falling-behind>.
- Kokorin, A., Korppoo, A. (2017). Russia's Ostrich Approach to Climate Change and the Paris Agreement. *CEPS Policy Insights* 40/2017; <http://www.ceps-ech.eu/publication/russiaProzentE2Prozent80Prozent99s-ostrich-approach-climate-change-and-paris-agreement>.
- Mitrova, T. (2019). Russia's Energy Strategy. *Atlantic Council Eurasia Center*, Juli 2019; https://css.ethz.ch/content/dam/ethz/special-interest/gess/cis/center-for-securities-studies/resources/docs/AtlanticCouncil_Russias_Energy_Strategy.pdf.
- Paneyakh, E., Rosenberg, D. (2018). The Courts, Law Enforcement, and Politics, in: Daniel Treisman (ed.), *The New Autocracy. Information, Politics and Policy in Putin's Russia*. Washington D.C., S. 217–247.
- Rochlitz, M. (2018). Die Macht der Silowiki: Kontrollieren Russlands Sicherheitsdienste Putin, oder kontrolliert er sie? *Russland-Analysen* 363, 11.12.2018, S. 2–5; <http://www.laender-analysen.de/russland/pdf/RusslandAnalysen363.pdf#page=2>.
- Rogova, V. (2019). Wirtschaftsexpertise in Russland. *Russland-Analysen* 372, 14.06.2019, S. 6–10; <http://www.laender-analysen.de/russland/pdf/RusslandAnalysen372.pdf#page=6>.
- Schneider, E. (2019). Jeder zweite russische Unternehmer bereitet sich auf das Schlimmste vor. *Russlandkontrovers*, 1.8.2019; <http://www.russlandkontrovers.com/jeder-zweite-russische-unternehmer-bereitet-sich-auf-das-schlimmste-vor>.

- Vasileva, A. (2016). Gefangen in Informalität. Kleine und mittlere Unternehmen im russischen Kapitalismus. *Russland-Analysen* 310, 19.02.2016, S. 2–10; <http://www.laender-analysen.de/russland/pdf/RusslandAnalysen310.pdf#page=2>.
- Viktorov, I. (2019). Russia's Network State and Reiderstvo Practices. The Roots to Weak Property Rights Protection after the post-Communist Transition, in: Magyar, B. (ed.) (2019). *Stubborn Structures. Reconceptualizing Post-Communist Regimes*. Budapest, S. 437–459.

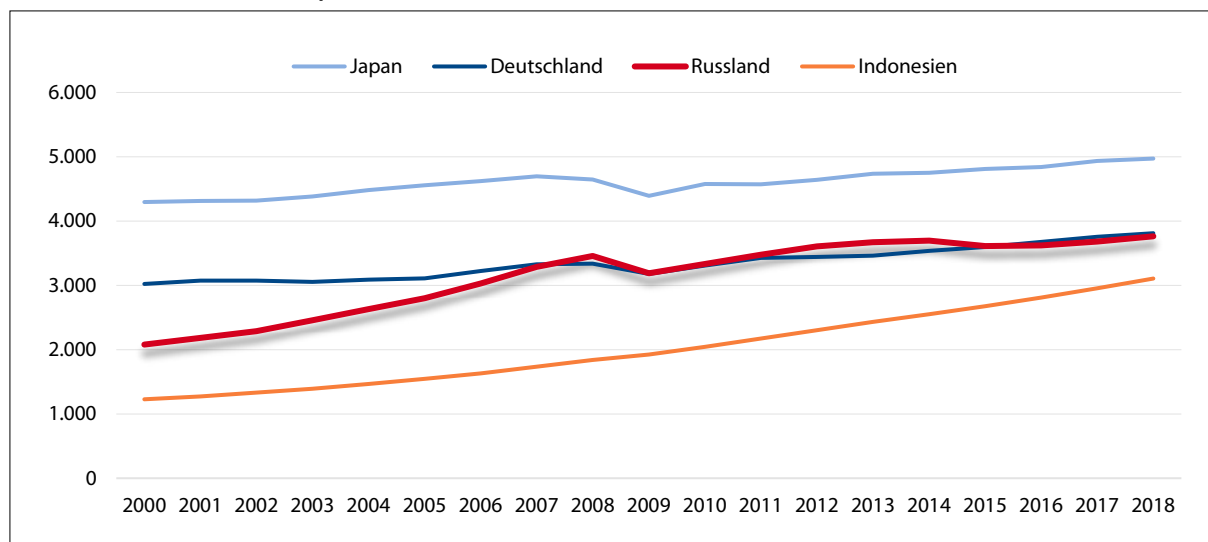
TABELLEN UND GRAFIKEN ZUM TEXT

Russlands Wirtschaftsplanung

Tabelle 1: Wirtschaftsprogramme

Kurzname	Im Auftrag von	Beauftragt	Veröffentlicht	Geplante Laufzeit	Faktische Laufzeit
Strategie 2010	Ministerpräsident Putin	Center for Strategic Research	Dezember 2000	2001–2010	2001–2008
Konzept 2020	Präsident Putin	Wirtschaftsministerium	November 2008	2008–2020	2008–2011
Strategie 2020	Präsident Putin	Hochschule für Ökonomie, Russische Akademie für Volkswirtschaft und Staatsdienst	März 2012	2012–2020	2012–2013
Prognose 2030	Präsident Putin	Wirtschaftsministerium	März 2013	2013–2030	2013–2017
Strategie 2030	Ministerpräsident Medwedew	Expertenrat des Ministerpräsidenten, Minister Alysow	-	2017–2030	-
Strategie 2024	Präsident Putin	Expertenrat des Präsidenten, Center for Strategic Research	(Auszüge) April 2018	2018–2024	-
Prognose 2036	Präsident Putin	Wirtschaftsministerium	November 2018	2019–2036	ab 2019
Budgetprognose 2036	Präsident Putin	Finanzministerium	März 2019	2019–2036	ab 2019

Quellen: *Strategie 2010*, <https://web.archive.org/web/20100918062948/http://budgetrf.ru/Publications/Programs/Government/Gref2000/Gref2000000.htm>; *Konzept 2020*, <http://static.government.ru/media/files/aaofKSheDLiM99HEcyrygytgmGzrnAX.pdf>; *Strategie 2020, Bd. 1*, https://www.hse.ru/data/2013/10/30/1283340742/Стратегия-2020_Книга%201.pdf; *Bd. 2, 2020strategy.ru/data/2013/11/08/1214321116/Стратегия-2020_Книга%202.pdf*; *Prognose 2030*, <http://static.government.ru/media/files/41d457592e04b76338b7.pdf>; *Strategie 2024*, <http://2035.media/2018/04/27/strategy2024/>; *Prognose 2036*, <http://economy.gov.ru/minec/about/structure/depmacro/201828113>; *Budgetprognose 2036*, <http://government.ru/docs/36232/>

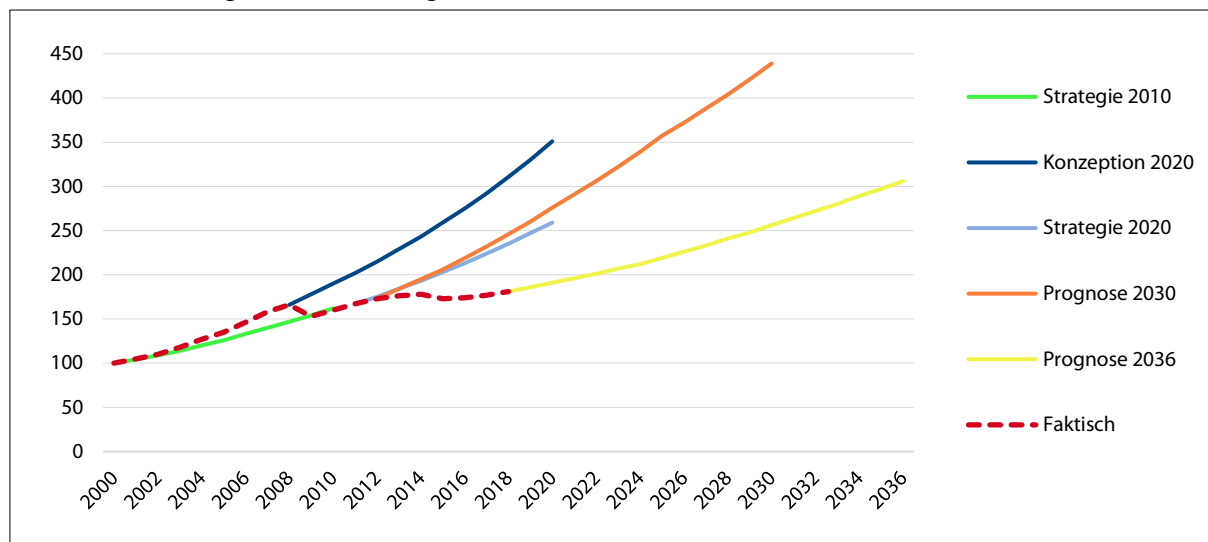
Grafik 1: BIP zu Kaufkraftparitäten (Mrd. US-Dollar, Preise von 2011)


Quelle: Weltbank, <https://data.worldbank.org/indicator/NY.GDP.MKTP.PP.KD>

Tabelle 2: Budgetprognose 2036, Basisszenario (Periodendurchschnitt)

		2019–2024	2025–2030	2031–2036
Erdölpreis Sorte »Urals«	US-Dollar pro Barrel	57,7	52,2	55,5
Wechselkurs	RUB/US-Dollar	65,1	70,7	74,1
Inflationsrate (Konsumgüter)	%	4	4	4
Wachstumsrate des BIP	%	2,7	3,2	3
Wachstumsrate der Arbeitsproduktivität	%	2,5	2,9	2,7
Wachstumsrate der Sachanlageinvestitionen	%	6,1	4	3
Investitionsquote	%	24,2	26,4	26,8
Wachstumsrate der real verfügbaren Einkommen	%	2	2,5	2,6
Wachstumsrate der Reallöhne	%	2,4	2,7	2,6
Arbeitslosenquote	%	4,7	4,4	4,4

Quelle: Budgetprognose 2036, Anlage 1, <http://government.ru/docs/36232/>

Grafik 2: Planungen der Entwicklung des BIP (2000 = 100)


Quellen: Strategie 2010, <https://web.archive.org/web/20100918062948/http://budgetrf.ru/Publications/Programs/Government/Gref2000/Gref20000000.htm>; Konzeption 2020, <http://static.government.ru/media/files/aaooFKSheDLIM99HEcyrygytfnGzrnAX.pdf>; Strategie 2020, Bd. 1, https://www.hse.ru/data/2013/10/30/1283340742/Стратегия-2020_Книга%201.pdf, Bd. 2, 2020strategy.ru/data/2013/11/08/1214321116/Стратегия-2020_Книга%202.pdf; Prognose 2030, <http://static.government.ru/media/files/41d457592e04b76338b7.pdf>; Strategie 2024, <http://2035.media/2018/04/27/strategy2024/>; Prognose 2036, <http://economy.gov.ru/minec/about/structure/depmacro/201828113>; Budgetprognose 2036, <http://government.ru/docs/36232/>

Tabelle 3: Wachstumsraten des BIP in den Wirtschaftsprogrammen (%)

	Faktisch	Strategie 2010	Konzeption 2020	Strategie 2020	Prognose 2030	Prognose 2036
2001	5,1	4,1				
2002	4,7	4,6				
2003	7,3	5,1				
2004	7,2	4,7				
2005	6,4	5,2				
2006	8,2	5,2				
2007	8,5	5,2				
2008	5,2	5,2	6,8			
2009	-7,8	5,2	6,8			
2010	4,5	5,2	6,8			
2011	4,3		6,4			
2012	3,7		6,4	5		
2013	1,8		6,4	5	6,0	
2014	0,7		6,4	5	6,0	
2015	-2,3		6,4	5	6,0	
2016	0,3		6,3	5	6,0	
2017	1,6		6,3	5	6,0	
2018	2,3		6,3	5	6,0	
2019			6,3	5	6,0	2,7
2020			6,3	5	6,0	2,7
2021					5,3	2,7
2022					5,3	2,7

Fortsetzung auf der nächsten Seite

Tabelle 3: Wachstumsraten des BIP in den Wirtschaftsprogrammen (%) (Fortsetzung)

	Faktisch	Strategie 2010	Konzeption 2020	Strategie 2020	Prognose 2030	Prognose 2036
2023					5,3	2,7
2024					5,3	2,7
2025					5,3	3,2
2026					4,2	3,2
2027					4,2	3,2
2028					4,2	3,2
2029					4,2	3,2
2030					4,2	3,2
2031						3,0
2032						3,0
2033						3,0
2034						3,0
2035						3,0
2036						3,0

Quellen: Strategie 2010, <https://web.archive.org/web/20100918062948/http://budgetrf.ru/Publications/Programs/Government/Gref2000/Gref2000000.htm>; Konzept 2020, <http://static.government.ru/media/files/aaooFKSheDLiM99HEcyrygtfmGzrnAX.pdf>; Strategie 2020, Bd. 1, https://www.hse.ru/data/2013/10/30/1283340742/Стратегия-2020_Книга%201.pdf, Bd. 2, 2020strategy.ru/data/2013/11/08/1214321116/Стратегия-2020_Книга%202.pdf; Prognose 2030, <http://static.government.ru/media/files/41d457592e04b76338b7.pdf>; Strategie 2024, <http://2035.media/2018/04/27/strategie2024/>; Prognose 2036, <http://economy.gov.ru/minec/about/structure/depmacro/201828113>; Budgetprognose 2036, <http://government.ru/docs/36232/>

Tabelle 4. Ausgaben für Nationale Projekte (2019–2024)

Nationale Projekte	Insgesamt (Mrd. RUB)	Darunter größte Maßnahme	(Mrd. RUB)
Förderung des Humankapitals			
Gesundheitsförderung	1.726	Behandlung von Krebserkrankungen	969
Bildungsförderung	785	Schulen	295
Demografie	3.105	Hilfen für Familien mit Kindern	2.688
Kulturförderung	114	Förderung von Kultureinrichtungen	84
Verbesserung der Lebensverhältnisse			
Sicherheit und Qualität der Straßen	4.780	Straßenbau	4.439
Wohnungen und Wohnumfeld	1.066	Ersatz unbewohnbarer Wohnungen	507
Ökologie	4.041	Neue Technologien	2.427
Förderung des Wirtschaftswachstums			
Wissenschaftsförderung	636	Finanzierung von Forschungsinfrastruktur	350
Unterstützung der Mittel- und Kleinbetriebe und der Selbständigen	482	Finanzhilfen	262
Digitalisierung	1.635	Verbesserung der Informationsinfrastruktur	772
Erhöhung der Arbeitsproduktivität und der Beschäftigung	52	Erhöhung der Arbeitsproduktivität in ausgewählten Betrieben	34
Internationale Zusammenarbeit und Exportförderung	957	Exportförderung	424
Modernisierung und Erweiterung der Infrastrukturnetze	6.348	Kommunikation zwischen Wachstumszentren	1.714
Nationale Projekte insgesamt	25.727		

Quelle: Nationale Projekte – Kennziffern und Resultate, 2019, static.government.ru/media/files/p7nn2CS0pVhvQ98OOWAt2dzCIAietQih.pdf

Wirtschaftsdaten

Tabelle 1: Wirtschaftsdaten (2009–2019)

	2009	2010	2011	2012	2013	2014	2015	2016	2017	2018	2019
BIP-Wachstum (jährliche prozentuale Veränderung)	-7,8	4,5	5,1	3,7	1,8	0,7	-2,5	0,3	1,6	2,3	1,6
Inflationsrate	11,7	6,9	8,4	5,1	6,8	7,8	15,5	7,1	3,7	2,9	5
Armutskoeffizient an nationalen Armutsgrenzen (in Prozent der Bevölkerung)	13	12,5	12,7	10,7	10,8	11,2	13,3	13,3	13,2	12,9	
Verbraucherindex (prozentuale Veränderung zum Vorjahr)	11,65	6,85	8,44	5,07	6,75	7,82	15,53	7,04	3,68	2,88	
Externer Handel: Güter, Exportwerte, Free on Board (FOB) (in Milliarden US-Dollar)	297,15	392,67	515,41	527,43	521,84	496,81	341,42	281,71	353,55	444,01	
Realer effektiver Wechselkurs basierend auf dem Verbraucherindex	92,15	100	104,42	105,58	107	97,72	79,57	79,25	91,45	84,54	
Arbeitslosenquote	8,2	7,4	6,5	5,5	5,5	5,2	5,6	5,5	5,2	4,8	4,8
Finanzierungsüberschuss oder -defizit des Gesamtstaates (% des BIP)	-5,9	-3,2	1,4	0,4	-1,2	-1,1	-3,4	-3,7	-1,5	2,8	1
Gesamtstaatliche Bruttoverschuldung (% des BIP)	9,9	10,9	11,2	11,9	13,1	16,1	16,4	16,1	15,5	14	13,8
Industrieproduktion (prozentuale Veränderung zum Vorjahr)	-10,7	703	5	3,4	0,4	2,5	-0,8	2,2	2,1	2,9	2,6
Jährlicher Durchschnittslohn (in US-Dollar)	592,5	698,5	806,3	863,3	946,7	850,2	558,1	547,9	671	693	688,3*
Ölfonds (in Milliarden US-Dollar)	152,1	113,9	112	150,7	176	165,9	121,7	87,9	65,2	58,1	122,9**
Exporte (in Milliarden US-Dollar)	297,2	392,7	515,4	527,4	521,8	496,8	341,4	281,7	353,1	443,1	235,5***
Importe (in Milliarden US-Dollar)	183,9	245,7	318,6	335,8	341,3	307,9	193	191,5	238,4	248,7	139,5***

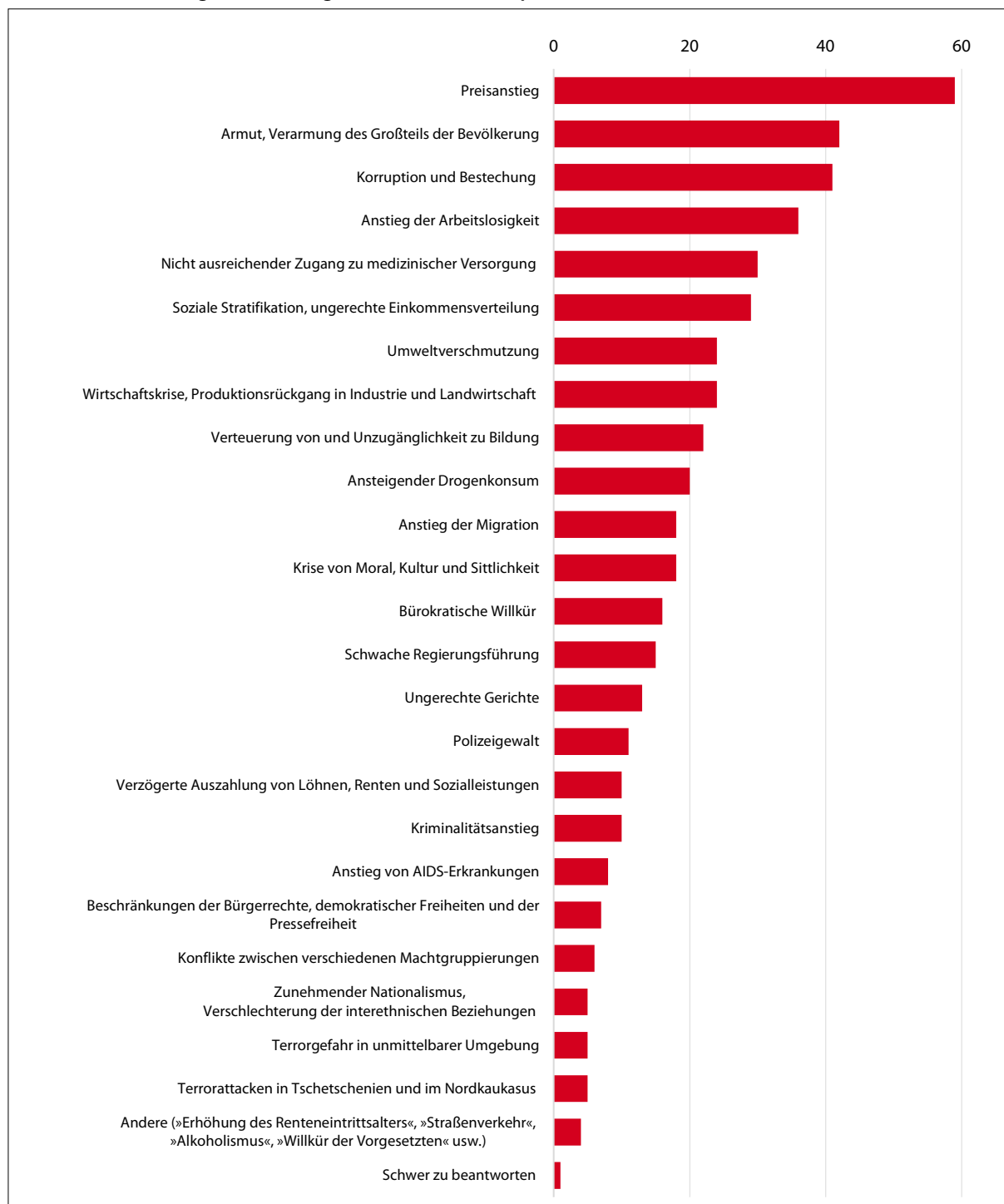
Anmerkung der Redaktion: *monatlicher Durchschnitt; ** Stand 08/19; *** Januar–Juli 2019

Quellen: Internationaler Währungsfonds, <https://www.imf.org/en/Countries/RUS>; <http://data.imf.org/?sk=4C514D48-B6BA-49ED-8AB9-52B0C1A0179B&slid=1501617220735>; <http://data.imf.org/?sk=4C514D48-B6BA-49ED-8AB9-52B0C1A0179B&slid=1502896793454>; <http://data.imf.org/?sk=4C514D48-B6BA-49ED-8AB9-52B0C1A0179B&slid=1539887168442>; <https://www.imf.org/external/datamapper/LUR@WEO/RUS>; https://www.imf.org/external/datamapper/GGXCNL_NGDP@WEO/RUS; https://www.imf.org/external/datamapper/GGXWDG_NGDP@WEO/RUS; Weltbank, <https://data.worldbank.org/indicator/SI.POV.NAHC?end=2018&locations=RU&start=2009>; Bank of Finland Institute for Economics in Transition, www.bofi.fi/bofit

UMFRAGE

Die wichtigsten Probleme Russlands

Grafik 1: Welche der folgenden Probleme unserer Gesellschaft beunruhigen Sie am meisten und halten Sie für die drängendsten? (August 2019, in % der Respondenten)



Quelle: Repräsentative Umfrage des Lewada-Zentrums vom 22.–28. August 2019, veröffentlicht am 25. September 2019, <https://www.levada.ru/2019/09/25/trevozhashhie-problemy-2/>

Tabelle 1: Welche der folgenden Probleme unserer Gesellschaft beunruhigen Sie am meisten und halten Sie für die drängendsten? (1998–2019, in % der Respondenten)

	Juli 1998	Juli 2000	Juli 2005	Juni 2008	August 2013	August 2014	August 2016	August 2017	August 2018	August 2019
Preisanstieg	40	83	71	82	69	71	72	61	72	59
Armut, Verarmung des Großteils der Bevölkerung	–	–	53	45	55	40	47	45	52	42
Korruption und Bestechung	32	30	24	27	39	26	31	33	33	41
Anstieg der Arbeitslosigkeit	65	51	39	25	36	26	37	33	48	36
Nicht ausreichender Zugang zu medizinischer Versorgung	–	–	29	31	23	23	22	26	31	30
Soziale Stratifikation, ungerechte Einkommensverteilung	41	38	27	35	33	30	26	25	30	29
Umweltverschmutzung	24	22	17	23	19	14	11	14	25	24
Wirtschaftskrise, Produktionsrückgang in Industrie und Landwirtschaft	57	39	33	29	29	28	31	28	30	24
Verteuerung von und Unzugänglichkeit zu Bildung	–	–	27	26	20	16	16	13	21	22
Ansteigender Drogenkonsum	–	–	29	29	22	14	14	12	18	20
Anstieg der Migration	–	–	7	12	27	24	11	10	10	18
Krise von Moral, Kultur und Sittlichkeit	26	26	22	26	30	18	16	15	21	18
Bürokratische Willkür	–	–	9	10	14	12	11	12	14	16
Schwache Regierungsführung	37	16	11	9	9	6	9	10	9	15
Ungerechte Gerichte	–	–	5	7	7	6	6	8	9	13
Polizeigewalt	–	–	6	9	5	5	5	6	7	11
Verzögerte Auszahlung von Löhnen, Renten und Sozialleistungen	67	19	4	4	3	4	6	6	7	10
Kriminalitätsanstieg	50	53	29	27	15	8	8	8	15	10
Anstieg von AIDS-Erkrankungen	–	–	6	7	2	2	–	–	4	8
Beschränkungen der Bürgerrechte, demokratischer Freiheiten und der Pressefreiheit	–	–	2	2	3	3	3	4	6	7
Konflikte zwischen verschiedenen Machtgruppierungen	12	6	3	2	2	3	–	–	3	6
Zunehmender Nationalismus, Verschlechterung der interethnischen Beziehungen	13	13	4	5	10	11	6	7	7	5
Terrorgefahr in unmittelbarer Umgebung	–	16	15	4	5	6	8	12	7	5
Terroranschläge in Tschetschenien und im Nordkaukasus	–	–	–	2	3	2	–	–	3	5
Andere (»Erhöhung des Renteneintrittsalters«, »Straßenverkehr«, »Alkoholismus«, »Willkür der Vorgesetzten« usw.)	2	1	2	3	2	2	2	3	3	4
Schwer zu beantworten	2	1	1	1	2	3	2	2	1	1

Quelle: Repräsentative Umfrage des Levada-Zentrums vom 22.-28. August 2019, veröffentlicht am 25. September 2019, <https://www.levada.ru/2019/09/25/trevozhashhie-problemy-2/>

Der Druck der Straße und die Macht: Wie stabil ist das Regime?

Graeme Robertson (University of North Carolina) und
Vladimir Gel'man (Europäische Universität in Sankt Petersburg)

Der vorliegende Beitrag erschien zuerst am 10.09.2019 im Multimedia-Special »Protest in Russland« (<https://protest.dekoder.org/stabilitaet>). Das Multimedia-Special ist ein Kooperationsprojekt von dekoder.org und der Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen.

Das Special wird von der VolkswagenStiftung mit Zusatzmitteln für das Forschungsprojekt *Comparing Protest Actions in Soviet and Post-Soviet Spaces* gefördert. Es entstand im Rahmen des Projektes *Wissenstransfer hoch zwei – Russlandstudien* mit finanzieller Unterstützung der VolkswagenStiftung. Am Wissenstransferprojekt beteiligt sich zudem die Universität Basel mit Unterstützung der Stiftung für Medienvielfalt (Schweiz).

Einleitung

Das System Putin ist stabil und die Wahrscheinlichkeit, dass der Druck der Straße einen Machtwechsel bewirkt, gering, meinen die Politikwissenschaftler Graeme Robertson und Vladimir Gel'man. Doch mit Vorhersagen ist es so eine Sache – insbesondere angesichts der Kreativität der russischen Gesellschaft.

Serbien, Georgien, Ukraine, Kirgistan und Armenien – all diese Länder vereint eines: Sie haben in den letzten 20 Jahren Machtwechsel erlebt, die durch Massenproteste erwirkt wurden. Wie gefährlich ist die Macht der Straße für das System Putin? Nicht sehr, das Regime ist stabil, darin sind sich die beiden Politikwissenschaftler Graeme Robertson und Vladimir Gel'man einig – aber führen jeweils unterschiedliche Gründe an.

Im postsowjetischen Raum haben Proteste mehrfach Regierungen gestürzt – etwa bei den sogenannten Farbrevolutionen. In Russland ist Präsident Putin seit fast 20 Jahren an der Macht. Warum konnten ihm Proteste nie gefährlich werden?

Graeme Robertson: Erfolgreiche Revolutionen haben alle eines gemeinsam: Die politische Elite ist gespalten. Das ist auch für Revolutionen in jüngerer Zeit kennzeichnend, beispielsweise für den Sturz der autoritären Herrscher in Serbien (2000), Georgien (2003), in der Ukraine (2004 und 2014), in Kirgisistan (2010) und in Armenien (2018). Ohne eine gespaltene Elite ist die Macht des Staates ein zu großes Hindernis. Proteste der Bevölkerung können sie nicht überwinden, insbesondere in einem Land mit einem so großen und machtvollen Staatsapparat wie Russland. Doch diese grundlegende Voraussetzung für eine Revolution war in Russland seit dem Machtantritt Putins 2000 nie gegeben. Folglich ist der wichtigste Grund, weshalb Putin eine Revolution abwenden konnte, dass er die Elite geschlossen hinter sich zu halten wusste – sie sah in Loyalität die größte Chance, ihre Macht und ihre Privilegien zu verteidigen.

Das führt uns natürlich zu der Frage, warum Putin so erfolgreich darin war, die Elite zusammenzuhalten, wo doch Führer in anderen Ländern dabei scheiterten. Die Antwort darauf ist etwas komplizierter, kann aber auf drei Aspekte heruntergebrochen werden:

Als erstes und wohl wichtigstes wäre zu nennen, dass Putin in der Lage war, den Zugang zu Ressourcen und Privilegien zu kontrollieren. Innerhalb des bestehenden Systems in Russland wurde dies zum einen dadurch erleichtert, dass der größte Teil des Wohlstands auf Erdöl und anderen petrochemischen Ressourcen basiert, die relativ leicht von Moskau aus zu kontrollieren sind. Bedeutsam ist zum anderen der Umstand, dass Putin den Zugang zu Reichtümern eingesetzt hat, um seine bestehenden Verbindungen zu unterschiedlichen Teilen der Sicherheitskräfte zu stärken. Das bringt sogar self-made Milliardäre in eine Abhängigkeit von Putin, wenn sie ihren Reichtum behalten wollen.

Zweitens dominiert in Russland, anders als in der Ukraine, weitgehend die russische nationale Identität, während alle konkurrierenden Identitäten entweder klein, vorwiegend lokal oder intern gespalten sind. Das hat es sehr viel einfacher gemacht, ernstzunehmende Alternativen aus den Regionen zu verhindern, und es hat Putin erlaubt, in dem Moment, da seine Umfragewerte sanken, mit einem Rückgriff auf nationalistische Gedanken und Gefühle breite Unterstützung zu gewinnen.

Drittens hat Putin mit Glück und Geschick seinen Einfluss auf die Medien eingesetzt und für sich genutzt. Das hat es ihm ermöglicht, potenzielle Opposition zu marginalisieren und in der Gesellschaft starken Rückhalt für sich zu generieren. Dieser Rückhalt in der Bevölkerung gründete zunächst auf einem »Wirtschaftswunder«, das Putin während seinen ersten beiden Amtszeiten mehr oder weniger zufällig zu Hilfe kam.

Im Zusammenspiel haben all diese Aspekte dazu beigetragen, Putins Koalition selbst angesichts der wirtschaftlichen Schwierigkeiten und der recht ernsthaften Herausforderungen zusammenzuhalten. Der Erfolg seiner Strategie ist allerdings weder zwangsläufig noch vorherbestimmt, sondern muss jeden Tag erkämpft werden. Gewiss genießt Präsident Putin in diesem Kampf einen grob unfairen Vorteil, nämlich die Kontrolle über das Fernsehen, die politischen Parteien, die großen Unternehmen, die Banken etc., etc. ... Doch der Kreml kann eines nicht kontrollieren, was potenziell am gefährlichsten ist: die Ideen und die Kreativität der Gesellschaft in Russland.

Vladimir Gel'man: Ich würde mehr Gewicht auf die repressiven Reaktionen des Regimes auf vergangene und gegenwärtige Proteste legen.

Für einen Regimewechsel, der durch Proteste erfolgt, müssen zwei Bedingungen erfüllt sein. Die erste ist unter Wissenschaftlern und in den sozialen Bewegungen als WUNC bekannt (*worthiness, unity, numbers, and commitment* – Werte, Geschlossenheit, Zahlenstärke, Entschlossenheit). Mit anderen Worten: Es bedarf einer anhaltenden, großen, auf einen Zusammenschluss basierenden Mobilisierung von Regimegegnern, die eine gegen das Regime gerichtete Identität teilen und bereit sind, gegen den politischen Status quo zu kämpfen. Die zweite notwendige Voraussetzung ist, darauf hat Graeme schon hingewiesen, eine tiefgehende Spaltung der herrschenden Eliten.

Bislang ist in Russland keine der beiden Bedingungen erfüllt: Das Ausmaß der Proteste im postsowjetischen Russland hat nie auch nur annähernd die notwendige Schwelle erreicht, um die politische Führung einschließlich Putin stürzen zu können. Selbst die bislang stärkste Protestwelle, die von 2011/12, war gemessen an der Zahl der Teilnehmer relativ klein, hatte nur eine sehr lockere kollektive Identität, war kurzlebig und war somit leicht durch das Regime zu bezwingen, das mit konsequenten, harten Repressionen reagierte.

Gleichzeitig ist es so: Selbst wenn einige Teile der Eliten mit dem Regime unzufrieden sein sollten, so haben sie doch nie ihre Stimme gegen den Kreml erhoben, weil sie nicht riskieren wollten, für ihre Illoyalität bestraft zu werden. In diesem Zusammenhang ist das Verhalten der Parteien der Systemopposition bezeichnend, insbesondere das der LDPR und der Partei Gerechtes Russland, im Grunde aber auch das der KPRF. Diese bekunden zwar ihre Unzufriedenheit mit bestimmten politischen Entscheidungen des Regimes, das Regime an sich fordern sie aber nicht heraus. Vergleicht man diese Situation mit den Bedingungen in der Ukraine (sowohl 2004 während der Orangen Revolution wie auch beim Maidan 2013/14) oder mit denen in Armenien 2018, wird schnell klar, wie sehr sich Russland in dieser Hinsicht unterscheidet.

Um Herausforderungen sowohl seitens der Eliten als auch seitens der Gesellschaft zu begegnen, unternimmt das Regime in Russland große Anstrengungen. Es versucht, die Loyalität zu erhalten und setzt gegenüber den Eliten und der Bevölkerung erfolgreich eine Kombination aus Kooptation und Zwang ein. Vor allem seit 2012 werden die Repressionen gegen eine tatsächliche und potenzielle Opposition immer heftiger und systematischer, und das gestiegene Risiko von Repressionen verhindert einen Anstieg der Proteste. Somit beschränkten sich die Proteste auf eine begrenzte Zahl lokaler und/oder nicht unmittelbar politischer Themen (die vom Umweltschutz bis zur Wahrung des kulturellen Erbes reichen). Gegen eine Politisierung dieser Fragen geht der Kreml systematisch vor.

Laut Verfassung muss Wladimir Putin 2024 das Präsidentenamt abgeben. Es gibt die Theorie, dass in Momenten wie diesem Straßenproteste für das Regime am gefährlichsten sind. Ist in Russland in den nächsten Jahren ein Machtwechsel unter dem Druck der Straße möglich?

Vladimir Gel'man: Ein solches Szenario ist zwar möglich, jedoch wenig wahrscheinlich. Und zwar deswegen, weil Putin, selbst wenn er aus dem Amt des Präsidenten scheiden sollte, das Land wohl weiter regieren wird. Alle Varianten, die in den Medien diskutiert werden – eine mögliche Änderung der russischen Verfassung, ein Wechsel Putins auf den Posten des Ministerpräsidenten (wie 2008 bis 2012), ein Unionsstaat mit Belarus – gehen nämlich davon aus, dass Putin auch nach Ablauf seiner jetzigen Amtszeit als Präsident die Macht im Lande behalten wird. Deshalb sind in Russland keine Segmente der Eliten zu erkennen, die im Vorfeld der nächsten Wahlen ihre Loyalität gegenüber Putin aufkündigen dürften. Das Gerede um einen möglichen »Nachfolger« des Staatsoberhauptes ist rein formaler Natur.

Dabei werden aller Wahrscheinlichkeit nach in Russland – wie schon jetzt – auch in den kommenden Jahren Straßenproteste ausbrechen, allerdings steht dieser Prozess nicht im unmittelbaren Zusammenhang mit dem Ende von Putins Präsidentschaft. Es ist zwar klar, dass die Unzufriedenheit der Massen und die Straßenproteste wohl nicht die günstigste Basis für Putins Machterhalt nach 2024 bilden werden. Doch egal, welchen Mechanismus Putin für den Machterhalt einsetzt, er wird die Entwicklung der Proteste in keiner Weise beeinflussen.

Graeme Robertson: Ich stimme Vladimir zu, dass die Wahrscheinlichkeit gering ist, dass ein Machtwechsel in Russland wegen des Drucks der Straße erfolgt, selbst mittelfristig. Ein ukrainisches Szenario, bei dem der Präsident den Schutz der Sicherheitskräfte verliert und flieht, so wie Janukowytsch 2014, ist in Russland ziemlich undenkbar.

Das bedeutet allerdings nicht, dass der Protest irrelevant sein wird für den Prozess der Nachfolgeregelung. Das Ziel der Eliten ist, die Planungen zur Nachfolge Putins hinter verschlossenen Türen zu halten. Sie wollen ein Szenario arrangieren, durch das Putin die tatsächliche Macht erhalten bleibt, ganz gleich wie die formalen Lösungen aussehen. Öffentlicher Druck von der Straße, insbesondere, wenn er in der Lage ist, die Sympathien einer breiteren Öffentlichkeit zu gewinnen, könnte allerdings die Führung daran hindern, alles genau nach ihren Wünschen zu organisieren.

Eine neue Verfassungsregelung für Putin zu finden, wenn er durch ungeschickte Reaktionen auf Proteste diskreditiert ist, ist eine ganz andere Aufgabe, als etwa eine Regelung zu finden, wenn er erfolgreich und populär ist. Das gilt insbesondere dann, wenn die neuen Regelungen ratifiziert werden müssen – wie es in der Vergangenheit der Fall war: durch einen Urnengang, ein Referendum oder eine Präsidentschaftswahl für einen neuen Platzhalter.

Übersetzung aus dem Englischen: Hartmut Schröder

Über die Autoren:

Graeme Robertson ist Professor für Politikwissenschaft an der University of North Carolina in Chapel Hill und Direktor des Zentrums für Slawische, Eurasische und Osteuropäische Studien. Seine Arbeit konzentriert sich auf politischen Protest und Regimeunterstützung in autoritären Regimen. Robertsons neues Buch (mit Samuel A. Greene), *Putin v. The People*, ist im Juni 2019 bei Yale University Press erschienen. Es bietet einen neuen Blick auf die gesellschaftlichen Grundlagen der Unterstützung und Ablehnung autoritärer Herrschaft in Russland.

Vladimir Gel'man ist Professor an der Fakultät für Politikwissenschaft der Europäischen Universität in Sankt Petersburg und Professor für russische Politik am Aleksanteri Institut der Universität Helsinki. Er ist Autor und/oder Herausgeber zahlreicher Bücher und hat viele Artikel zu russischer und postsowjetischer Politik und Regierungsführung verfasst.

dekóder [RUSSLAND ENTSCHLÜSSELN]

CHRONIK

30. September – 13. Oktober 2019

30.09.2019	Die regionalen Forstbehörden der Russischen Föderation geben bekannt, dass alle Waldbrände in Russland gelöscht seien. Derzeit gebe es keine aktiven Brandherde mehr. Seit Juli hatte es in 79 Regionen des Landes Waldbrände auf einer Fläche von bis zu drei Millionen Hektar gegeben.
30.09.2019	Das Moskauer Stadtgericht wandelt die dreieinhalbjährige Freiheitsstrafe für den Schauspieler Pawel Ustinow in eine zweijährige Bewährungsstrafe um. Ustinow war am 18. September 2019 zu dreieinhalb Jahren Lagerhaft wegen »Beteiligung an Massenunruhen« am 03. August verurteilt worden. Seine Verurteilung hatte eine große Solidaritätswelle ausgelöst. Künstler, Geistliche und Prominente aus dem Showbusiness schrieben offene Briefe an die Regierung und kritisierten die Verurteilung als Willkür der Justiz.
04.10.2019	In Teheran wird die russische Journalistin Julija Jusik festgenommen. Ihr wird vorgeworfen, eine israelische Agentin zu sein. Jusik drohen bis zu zehn Jahre Haft. Sie arbeitete unter anderem für die staatsnahe russische Zeitung »Komsomolskaja Prawda« und das Magazin »Newsweek«. Seit 2003 veröffentlichte sie regelmäßig Investigativreportagen.
07.10.2019	Der russische Staatspräsident Wladimir Putin unterzeichnet einen Erlass zur Erhöhung der Gehälter von Angestellten im öffentlichen Dienst um 4,3% ab dem 01. Oktober 2019. Die Steigerung entspricht einem Ausgleich der Inflationsrate aus dem Jahr 2018 und betrifft auch die Einkommen des Präsidenten und des Ministerpräsidenten.

09.10.2019	Das Moskauer Stadtgericht revidiert das am 03. September 2019 gegen Iwan Podkopajew verhängte Urteil. Podkopajew war wegen »Beteiligung an Massenunruhen« zu drei Jahren Gefängnis verurteilt worden. Er hatte daraufhin Revision eingelegt und sein Geständnis zurückgezogen. Das Moskauer Stadtgericht verurteilt ihn nun in zweiter Instanz zu zwei Jahren Haft in einer Strafkolonie.
09.10.2019	Das russische Justizministerium nimmt die von Oppositionspolitiker Aleksej Nawalnyj gegründete »Stiftung zur Korruptionsbekämpfung« (»Fond borby s korrupzijej«) in die Liste sogenannter »ausländischer Agenten« auf. Seit Juli 2012 werden als solche Organisationen registriert, die sich politisch engagieren und gleichzeitig Geld aus dem Ausland erhalten. Aleksej Nawalnyj beteuerte auf Twitter, seine Stiftung habe niemals einen Penny ausländischen Geldes erhalten.
10.10.2019	Die am 04. Oktober in Teheran festgenommene Journalistin Julija Jusik wird aus der Haft entlassen. Sie war zunächst aufgrund des Verdachts der Zusammenarbeit mit den israelischen Sicherheitsbehörden festgenommen worden; später hieß es, es habe Probleme mit ihrem Visum gegeben.
10.10.2019	Das Meschtschanskij-Bezirksgericht in Moskau verurteilt die Menschenrechtsorganisation »Für Menschenrechte« (»Sa prawa tscheloweka«) zur Zahlung einer Geldstrafe in Höhe von 300 000 Rubel (etwa 4 200 Euro) sowie ihren Leiter Lew Ponomarjow zu einer Geldstrafe von 100 000 Rubel (etwa 1 400 Euro) wegen der Verletzung des Gesetzes über »ausländische Agenten«. Laut Gerichtsurteil habe ein Post im sozialen Netzwerk »VKontakte«, der über den Besuch Ponomarjows auf der Baustelle für eine Mülldeponie in Schijes (Gebiet Archangelsk) informierte, nicht die notwendige Information über die Registrierung seiner Organisation in der Liste ausländischer Agenten enthalten.
11.10.2019	Das Ermittlungskomitee der Russischen Föderation leitet ein Strafverfahren gegen den ehemaligen Gouverneur des Gebiets Tscheljabinsk, Boris Dubrowskij, ein. Dubrowskij soll im Rahmen der öffentlichen Auftragsvergabe für die Instandsetzung von Straßen informelle Absprachen getroffen und so mehr als 20 Milliarden Rubel (etwa 282 Millionen Euro) veruntreut haben. Dubrowskij war seit 2014 Gouverneur der Region. Im März 2019 trat er von seinem Posten zurück und emigrierte in die Schweiz, wo er heute lebt.
13.10.2019	In Jekaterinburg findet eine Volksabstimmung zur Wahl des Standortes einer in Planung befindlichen neuen Kirche statt. Im Mai hatten hunderte Menschen mehrere Tage lang gegen den in einer der Grünanlagen der Stadt geplanten Bau demonstriert.

Die Chronik wird zeitnah erstellt und basiert ausschließlich auf im Internet frei zugänglichen Quellen. Die Redaktion der Russland-Analysen kann keine Gewähr für die Richtigkeit der Angaben übernehmen.

Zusammengestellt von Alena Schwarz

Sie können die gesamte Chronik seit 1964 auch auf <http://www.laender-analysen.de/russland/> unter dem Link »Chronik« lesen.

Herausgeber:

Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen
 Deutsche Gesellschaft für Osteuropakunde e.V.
 Deutsches Polen-Institut
 Leibniz-Institut für Agrarentwicklung in Transformationsökonomien
 Leibniz-Institut für Ost- und Südosteuropaforschung
 Zentrum für Osteuropa- und internationale Studien (ZOiS) gGmbH

Redaktion:

Evgeniya Bakalova (verantwortlich)
 Assistenz: Leonie Eckl
 Sprachredaktion: Hartmut Schröder
 Chronik: Alena Schwarz
 Satz: Matthias Neumann

Wissenschaftlicher Beirat:

Dr. Sabine Fischer, Stiftung Wissenschaft und Politik, Berlin
 Prof. Dr. Alexander Libman, Universität München
 Prof. Dr. Jeronim Perović, Universität Zürich
 Dr. Cindy Wittke, Leibniz-Institut für Ost- und Südosteuropaforschung Regensburg

Die Meinungen, die in den Russland-Analysen geäußert werden, geben ausschließlich die Auffassung der Autoren wieder.

Abdruck und sonstige publizistische Nutzung sind nach Rücksprache mit der Redaktion gestattet.

Russland-Analysen-Layout: Cengiz Kibaroglu, Matthias Neumann und Michael Clemens

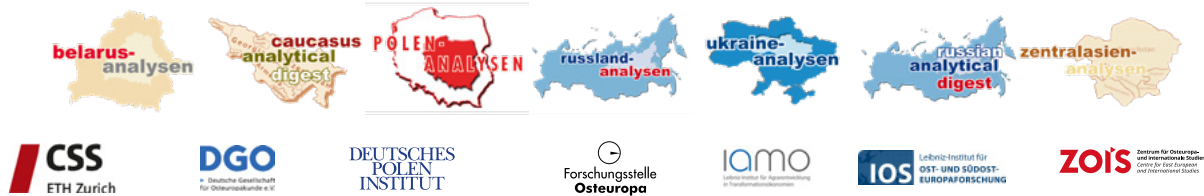
Alle Ausgaben der Russland-Analysen sind mit Themen- und Autorenindex archiviert unter www.laender-analysen.de

Die Russland-Analysen werden im Rahmen eines Lizenzvertrages in das Internetangebot der Bundeszentrale für politische Bildung (www.bpb.de) aufgenommen.

ISSN 1613-3390 © 2019 by Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen

Forschungsstelle Osteuropa • Länder-Analysen • Klagenfurter Str. 8 • 28359 Bremen • Telefon: +49 421-218-69600 • Telefax: +49 421-218-69607

e-mail: laender-analysen@uni-bremen.de • Internet-Adresse: <http://www.laender-analysen.de/russland/>



Kostenlose E-Mail-Dienste: Länder-Analysen

 @laenderanalysen

Die Länder-Analysen bieten regelmäßig im kostenlosen Abonnement kompetente Einschätzungen aktueller politischer, wirtschaftlicher, sozialer und kultureller Entwicklungen in Ostmitteleuropa und der GUS. Alle Länder-Analysen verstehen sich als Teil eines gemeinsamen Projektes, das der wissenschaftlich fundierten, allgemeinverständlich formulierten Analyse der Entwicklungen im östlichen Europa, der Offenheit für verschiedene inhaltliche Positionen und der kostenlosen und nicht-kommerziellen Information einer breit verstandenen interessierten Öffentlichkeit verpflichtet ist. Autor/innen sind internationale Fachwissenschaftler/innen und Expert/innen. Die Redaktionen der Länder-Analysen bestehen aus Wissenschaftler/innen mit langjähriger Forschungserfahrung.

Die deutschsprachigen Länder-Analysen werden gemeinsam von der Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen, dem Zentrum für Osteuropa- und internationale Studien, der Deutschen Gesellschaft für Osteuropakunde, dem Deutschen Polen-Institut, dem Leibniz-Institut für Agrarentwicklung in Transformationsökonomien und dem Leibniz-Institut für Ost- und Südosteuropaforschung herausgegeben. Die englischsprachigen Länder-Analysen erscheinen in Kooperation der Forschungsstelle Osteuropa mit dem Center for Security Studies (CSS) der ETH Zürich.

Die Länder-Analysen bieten regelmäßig Kurzanalysen zu aktuellen Themen, ergänzt um Grafiken und Tabellen sowie Dokumentationen. Zusätzlich gibt es eine Chronik aktueller Ereignisse.

Belarus-Analysen

Erscheinungsweise: zweimonatlich

Abonnement unter: <http://www.laender-analysen.de/belarus/>

Caucasus Analytical Digest

In englischer Sprache. Erscheinungsweise: zweimonatlich

Abonnement unter: <http://www.css.ethz.ch/en/publications/cad.html>

Polen-Analysen

Erscheinungsweise: zweimal monatlich

Abonnement unter: <http://www.deutsches-polen-institut.de/newsletter/polen-analysen/>

Russland-Analysen

Erscheinungsweise: zweimal monatlich

Abonnement unter: <http://www.laender-analysen.de/russland/>

Russian Analytical Digest

In englischer Sprache. Erscheinungsweise: zweimal monatlich

Abonnement unter: <http://www.css.ethz.ch/en/publications/rad.html>

Ukraine-Analysen

Erscheinungsweise: zweimal monatlich

Abonnement unter: <http://www.laender-analysen.de/ukraine/>

Zentralasien-Analysen

Erscheinungsweise: zweimonatlich

Abonnement unter: <http://www.laender-analysen.de/zentralasien/>

TWITTER, TWEET, RETWEET und das Twitter Logo sind eingetragene Markenzeichen von Twitter, Inc. oder angeschlossenen Unternehmen.